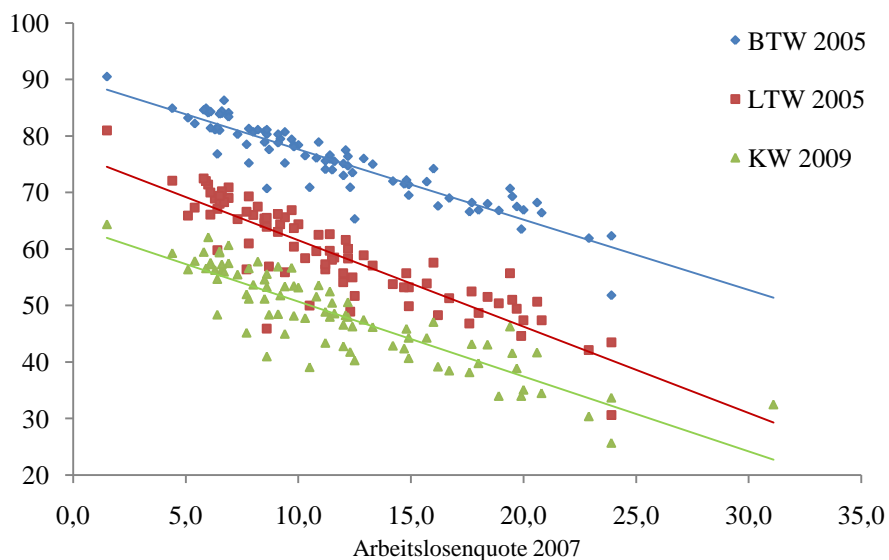


## Wer geht wählen? Die soziale Schieflage einer niedrigen Wahlbeteiligung

Dr. Armin Schäfer, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln /  
September 2009

Ein gewisser Gewöhnungseffekt lässt sich nicht leugnen: Obwohl die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen und bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen auf niedrigem Niveau bleibt, hält sich die Aufregung in Grenzen. Vielleicht weil im Saarland mehr Wähler zu den Urnen gegangen sind als vor fünf Jahren. Doch auch dort liegt die Wahlbeteiligung weit unter dem Niveau vergangener Jahrzehnte. Bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen geben heute weniger Wahlberechtigte denn je ihre Stimme ab. Diese Entwicklung schadet der Demokratie, weil die Wahlabstinenz sozial ungleich verteilt ist.

**Abbildung 1: Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote in 86 Kölner Stadtteilen**



Bei Bundestagswahlen lag die Wahlbeteiligung in den siebziger Jahren bei über neunzig Prozent. Seitdem ist sie in jedem Jahrzehnt und bei allen Wahlarten gesunken. Nun ließe sich die geringe Beteiligung hinnehmen, beträfe dieser Rückgang alle Bevölkerungsschichten in gleichem Maß. Das ist aber nicht der Fall. Politikwissenschaftliche Studien zeigen einen engen Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und Erwerbstätigkeit einerseits und der Wahlwahrscheinlichkeit andererseits. Bei einer hohen Wahlbeteiligung fallen diese Faktoren weniger ins Gewicht. Eine niedrige ist dagegen immer eine sozial ungleiche Wahlbeteiligung.

Auch innerhalb einer Stadt wie Köln fällt die Wahlbeteiligung sehr unterschiedlich aus, wie ein Vergleich der 86 Kölner Stadtteile zeigt. Bei der Kommunalwahl am Sonntag gaben 49,1 Prozent der Wahlberechtigten in Köln ihre Stimme ab. Damit übertraf die Wahlbeteiligung zwar leicht die von 1999 und 2004, blieb jedoch weit unter dem langfristigen Durchschnitt von über sechzig Prozent. In Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und vielen Hartz-IV-Empfängern lag die Wahlbeteiligung zwanzig Prozentpunkte niedriger als in Stadtteilen mit wohlhabenderen Bevölkerungsschichten. Die Höhe der Wahlbeteiligung lässt sich demnach durchaus aus der sozialen Lage eines Viertels ableiten: Je ärmer ein Stadtteil, desto weniger Menschen wählen. So wählten in Chorweiler nur 25, in Hahnwald jedoch mehr als 60 Prozent der Wahlberechtigten. Das gleiche Muster zeigte sich auch bei der Europawahl im Juni dieses Jahres und bei der letzten Landtagswahl. Bei der Bundestagswahl 2005 unterschied sich die Wahlbeteiligung um bis zu vierzig Prozentpunkte zwischen armen und reichen Stadtteilen. Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich in anderen deutschen Großstädten.

Extreme Unterschiede in der Wahlteilnahme gefährden das Prinzip politischer Gleichheit, das der Kern der Demokratie ausmacht. Drei mögliche Konsequenzen lassen sich benennen.

Erstens wird die Kommunikation zwischen Wählern und Gewählten verzerrt, wenn sozial Schwache den Wahlurnen fernbleiben. Ihre Interessen drohen vernachlässigt zu werden, wenn sie für den Ausgang einer Wahl zunehmend irrelevant sind.

Zweitens beeinflusst die Wahlbeteiligung die Wahlergebnisse. In Stadtteilen mit niedriger Arbeitslosenquote ist die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich hoch und CDU, FDP, aber auch die Grünen erreichen besonders gute Ergebnisse. Sie profitieren von der ungleichen Wahlbeteiligung. Die FDP erzielt ihre besten Ergebnisse in Marienburg, Junkersdorf und Hahnwald, während die SPD beispielsweise in Finkenberg und Vingst überdurchschnittlich abschneidet – wo die Wahlbeteiligung jedoch sehr niedrig ist.

Schließlich könnte der Effekt eintreten, dass Politiker sich weniger um sozial benachteiligte Stadtteile kümmern, weil dort ohnehin kaum Wählerstimmen zu holen sind. Anstatt dort in die Qualität von Schulen und Infrastruktur zu investieren, kann es bei knappen Ressourcen mehr lohnen, sich auf wohlhabende Stadtteile zu konzentrieren.

All dies legt nahe, dass der Rückgang der Wahlbeteiligung uns stärker alarmieren sollte, als dies bisher der Fall ist. Gelingt keine Trendwende, droht das Wählen zum Privileg einer gebildeten, gut verdienenden Minderheit zu werden.